



Beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg am 08. Dezember 2007.

Resolution Rote Hilfe e.V.

www.jusos-hamburg.de

Für die Jusos Hamburg ist es selbstverständlich, dass wir in einem breiten Bündnis mit anderen linken Organisationen für eine solidarische und gerechte Gesellschaft streiten. Als Voraussetzung dieser Zusammenarbeit ist es für uns aber genauso selbstverständlich, dass sich diese Organisationen ebenso wie wir zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und sich eindeutig von Mitteln der extremistischen Gewalt abgrenzen.

Die Jusos Hamburg lehnen jede Form des politischen Extremismus ab. Weder Gewalt noch die Unterstützung oder Tolerierung von Gewalt sind zulässige Mittel der politischen Auseinandersetzung, und es gibt keinen Zweck, der diese Mittel rechtfertigen könnte.

Vor diesem Hintergrund haben die Jusos Hamburg die Mitgliedschaft der Jusobundesvorsitzenden Franziska Drohsel in dem Verein „Rote Hilfe e.V.“, der sich namentlich auch der Unterstützung von Terroristen verschrieben hat, sehr kritisch gesehen und dies auch öffentlich zur Sprache gebracht.

Die Jusos Hamburg lehnen jegliche Zusammenarbeit mit Gruppierungen ab, die kein eindeutiges Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ablegen. Ferner halten wir die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation mit der Mitgliedschaft in der SPD für unvereinbar.

Wir fordern daher den Bundeskongress der Jusos dazu auf, zu prüfen, inwieweit eine Mitgliedschaft in der „Roten Hilfe e.V.“ mit der Mitgliedschaft in der SPD vereinbar ist.